

Korrigendum

Auf Seite 23 lautet der korrekte Text zu **Zu 2.: Modellrechnungen** wie folgt:

Die Darstellung der aktuellen Haushaltslage bestätigt, dass sich Bremen trotz der positiven Einnahmeentwicklung hinsichtlich des Schuldenstandes (Ziff. 5.2.1), des Finanzierungssaldos (Ziff.5.2.2.), der Zins-Steuer-Quote (Ziff.5.2.4.) und der Defizitquote (Ziff. 5.2.6.) in einer dramatischen strukturellen Haushaltsnotlage befindet.

Die von Bremen vorgelegte Modellrechnung berücksichtigt die in der Finanzplanung bis 2011 bereits vorgesehenen, erheblichen weiteren Konsolidierungsmaßnahmen. Ohne diese Maßnahmen, die einen Rückgang des Finanzierungsdefizites auf ca. 450 Mio. € bis 2019 überhaupt erst ermöglichen, ergäbe sich am Ende des Betrachtungszeitraumes hingegen ein in etwa doppelt so großes Finanzierungsdefizit.

Die vom Bund vorgelegten Modellrechnungen dienen hingegen dem Zweck, einen rechnerischen Haushaltsausgleich als vermeintlich möglich darzustellen. Sie sollten jedoch nicht als umsetzbare Möglichkeit fehl interpretiert werden¹. Es handelt sich dabei um reine Rechenmodelle; die inhaltliche Frage, ob die dort unterstellten Ausgabeentwicklungen durch Konsolidierungsmaßnahmen leistbar sind, wird nicht beantwortet. Bei der vom Bund unterstellten Ausgabenbegrenzung auf 1,2% p.a. ergäbe sich allein aufgrund der steigenden Zinsbelastungen daraus über einen Zeitraum von 12 Jahren (!) eine Begrenzung der Primärausgaben auf +0,5% p.a.², die um 1% unter der Inflationsrate liegt und weitere Faktoren wie z.B. zu erwartende Tarifsteigerungen völlig außer Betracht lässt. Demgegenüber liegt die länderdurchschnittliche Ausgabenentwicklung schon im Finanzplanungszeitraum bei 2,3%³, so dass Bremen bei einer darüber hinausgehenden Fortsetzung dieser gegensätzlichen Entwicklung bis 2019 eine Erfüllung der stadtstaatenspezifischen Aufgaben offenkundig nicht mehr möglich wäre.

Auf Seite 34 lautet der letzte Satz im 4. Absatz korrekt wie folgt:

Die drei Länder begründen diese zu erwartende Ausgabenentwicklung im Einzelnen und halten jeweils ein niedrigeres Ausgabenwachstum für **nicht** realistisch sowie die methodische Vorgehensweise des Bundes, Bayerns und Berlins für ungeeignet und die Ergebnisse für unrealistisch.

¹ so auch Rheinland-Pfalz; Schreiben R-P an die AG v. 20.3.08, S. 3

² Szenario I des Bundes, s. Ziff. 4.1.3

³ Daten der ZDL zum Finanzplanungsrat